

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

3/777/66

Bonn, den 6. Mai 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 - 2 Doppelspiel mit Flüchtlingen 73

Ungleiche Rechte - zum Flüchtlingsgesetzentwurf der Bundesregierung
Von Lisa Karspeter, MdB

3 Für Berlin oder nicht ? 27

Tatsachen und Phrasen

3 Zuckerbrot und Peitsche 20

"Kapitalisten" von Peking als Freunde tituliert

4 Kovun der KP-Infiltration 49

Schwergewicht liegt auf Sabotage

5 - 6 Das große Spiel des Generalpräsidenten 38

De Gaulle und KP-Chef Maurice Thorez

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

***** ZUR BEACHTUNG *****

Der SPD-Pressedienst veröffentlicht am kommenden Freitag, den 8. Mai 1964, eine Sonderausgabe mit dem Titel:

GRIECHISCHES KALEIDOSKOP 1964

Beobachtungen und Gespräche in Athen

Verfasser ist Günter Markscheffel. Er war in der vergangenen Woche in Griechenland und hat dort mit Ministerpräsident Papandreu, mehreren Kabinettsmitgliedern und zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens über die gegenwärtige Situation in Griechenland ausführliche Gespräche geführt.

Doppelspiel mit Flüchtlingen

Von Lisa Korpeter, MdB

Der Bundestag hat am 29. April 1964 den Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Beweissicherung und Feststellung von Vermögensverlusten in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin dem Lastenausgleichsausschuß federführend, dem Ausschuß für gesamtdeutsche und Berliner Fragen und dem Ausschuß für Heimatvertriebene mitberatend überwiesen. Zweck des Gesetzes ist nach den Grundsatzbestimmungen dieses Entwurfes, Beweise über Vermögensverluste in den oben genannten Gebieten durch ein Feststellungsverfahren oder durch ein besonderes Beweisverfahren zu sichern.

Seit einer Reihe von Jahren haben die Flüchtlinge aus Mitteld Deutschland die berechtigte Forderung erhoben, daß auch für sie eine gesetzliche Regelung geschaffen werden sollte, nach der sie ihre durch die Flucht aus der Zone zurückgelassenen Vermögensverluste endlich feststellen lassen können, wie es den Heimatvertriebenen durch das Feststellungsgesetz ermöglicht wurde.

Dabei liessen sie sich bei dieser Forderung von dem Gedanken leiten, daß Beweismittel verlorengehen, daß Zeugen wegsterben können und daß aus dieser Schadensfeststellung auch für sie ein Anspruch auf Ausgleichleistungen erwachsen würde.

Schon in den beiden Regierungserklärungen von 1961 und 1963 hat die Bundesregierung den Flüchtlingen ein Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz in Aussicht gestellt; und es zeugt von der staatspolitischen Haltung der Flüchtlinge, daß sie es ertrugen, ihre Geduld auf eine so harte Probe gestellt zu sehen, denn schließlich sind seit der Zusicherung der Bundesregierung bis zur Vorlage des Entwurfes mehr als zwei Jahre vergangen. Der Entwurf, der zunächst den Bundesrat passierte, wurde von den Flüchtlingen mit tiefer Enttäuschung aufgenommen, da nur die Feststellung von Vermögensverlusten und nicht die notwendige Feststellung von Schäden vorgesehen war und in dem abschliessenden Bescheid die Höhe des Schadens nicht angegeben werden sollte. Gerade aber diese Wertfestsetzung wurde von den Flüchtlingen gewünscht, um klar und eindeutig einen Wertbescheid über die Höhe der erlittenen Verluste in die Hände zu bekommen.

Erfreulicherweise hat der Bundesrat der Bundesregierung vorgeschlagen - und dieser Vorschlag wurde von der Bundesregierung akzeptiert - in dem Bescheid die Höhe der erlittenen Verluste festzulegen, so daß in diesem Punkt die Wünsche und Vorstellungen der Flüchtlinge erfüllt wurden.

Der Entwurf des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes enthält keine Entschädigungsregelung. In § 2 wird ausdrücklich festgestellt, daß die Durchführung des nach diesem Gesetz vorgesehenen Verfahrens weder die Vermögensrechte der Antragsteller berührt noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensverluste beinhaltet, und daß dadurch kein Anspruch auf Entschädigung oder sonstige Leistungen begründet wird.

Die ausdrückliche Feststellung, nach der das Verfahren keinen Verzicht auf Vermögensrechte darstellt, entspricht der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes. Die weitere Bestimmung, daß aus dem Feststellungsverfahren kein Anspruch auf Entschädigung oder sonstige Leistungen gestellt werden kann, entspricht den Bestimmungen des Feststellungsgesetzes für die Vertriebenen. Aber während in diesem Gesetz ausdrücklich auf das Lastenausgleichsgesetz verwiesen wird, das eine Regelung der Entschädigung bringen soll, fehlt dieser Hinweis bei den Flüchtlingen. In Gegenteil, in der Begründung zu § 2 wird ausdrücklich gegen eine solche Möglichkeit Stellung genommen. Dort heißt es:

- * "Zweck des Gesetzes ist weder eine Entschädigung noch die
- * Vorbereitung einer Entschädigungsregelung. Dies wird durch
- * Ansatz 2 klargestellt. Durch das vorgesehene Verfahren wird
- * auch kein Anspruch auf andere Leistungen (etwa in Form eines
- * Darlehens oder mit sozialem Charakter) begründet."

Also noch nicht einmal eine Vorbereitung für eine Entschädigungsregelung. Diese Formulierung charakterisiert den Geist des Gesetzes.

Auf dem Flüchtlingskongreß der SPD in Sindelfingen im März 1964 hat Herbert Wehner nachdrücklich zu dieser Frage Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß es ein Doppelspiel sei, wenn vom Beweissicherungsgesetz geredet, aber zugleich die Möglichkeit plombiert würde, daß daraus auch irgendwann ein Rechtsanspruch, ein Entschädigungsanspruch, abgeleitet werden könne.

Der umfassende Flüchtlingsgesetzentwurf der SPD-Bundestagsfraktion bringt deshalb nicht nur Vorschläge und Regelungen zur Feststellung des erlittenen Vermögensschadens, sondern unter dem Gesichtspunkt der völligen Gleichstellung der Flüchtlinge mit den Heimatvertriebenen als wichtigsten Teil neben den Bestimmungen über die Schadensfeststellung darauf aufbauend Bestimmungen über die Entschädigung des erlittenen Schadens.

6. Mai 1964

Für Berlin oder nicht ?

Tatsachen oder Phrasen

sp - Spreu ist leichter vom Weizen zu trennen als Gold von Kalmlis. Phrasen sind schwerer zu erkennen als Tatsachen.

Phrase ist es, wenn ein verantwortlicher Politiker sagt, es seien nur deshalb wenige Ausschüsse des Bundestages nach Berlin gekommen, weil der Ältestenrat die Anregung, nach Berlin zu gehen, zu spät gegeben habe. Als ob die Vorsitzenden der Ausschüsse erst eine Anregung des Ältestenrates abwarten müßten! Sie wissen selbst, wann es möglich ist, in Berlin zu tagen, denn sie kennen den Arbeitsrhythmus des Bundestages, die "dritten" Wochen und ihre Einteilung und Aufgabe. Nein, man mache uns und sich nichts vor! Es ist die Bequemlichkeit, es ist die Gewöhnung an das kleinstädtische Milieu in Bonn, es ist die rheinisch-adenauersche Atmosphäre der unklaren politischen Orientierung, es ist auch ein unpräzises Interesse an diesem Berlin und dem deutschen Osten, das ja nicht erst seit 1945 festzustellen ist. An diesen unterschiedlich verteilten Bestandteilen des Unbehagens liegt es.

Tatsache ist, daß der Ausschuss für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen am 4. Mai 1964 in Berlin nur von der Fraktion der SPD voll besetzt war; von der CDU/CSU waren einige Mitglieder anwesend, von der FDP vereinzelte. Der Auswärtige Ausschuss, der am Vormittag des 5. Mai tagte, zählte zehn Sozialdemokraten, zeitweise vier, meist drei CDU-Abgeordnete und kein Mitglied der FDP. Am Nachmittag des 5. Mai gar traten nur Sozialdemokraten und ein Abgeordneter der FDP zur zweiten Sitzung des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen im Reichstag zusammen - kein CDU/CSU-Abgeordneter war anwesend. - Dies sind die Tatsachen gegenüber den Phrasen der Barzel (CDU) und Wagner (CSU), die in Berlin der Presse Sand in die Augen streuten. Wo bleibt der Wind, der die Spreu vom Weizen trennt ?

+ + +

Zuckerbrot und Peitsche

"Kapitalisten" von Peking als Freunde tituliert

sp - Die Welt steckt voller Merkwürdigkeiten. So ist die Welt vom kommunistischen China eine harte Sprache gewohnt, selbst Nikita Chruschtschow bekommt das zu spüren, gilt er doch in den Augen der chinesischen Kommunisten als Renegat und Verräter, als Kapitulant, der sich vom USA-Imperialismus einseifen läßt. Aber die gleichen chinesischen Kommunisten können auch anders sein, höflicher und schmeicheleischer, sogar zu "Kapitalisten", sofern es in ihren Rahmen paßt. Da sind in Brasilien - nach Pekinger Version auf Betreiben der USA-Imperialisten - nun hohe chinesische Funktionäre verhaftet worden, um deren Freilassung sich Peking bemüht. Kapitalistische Firmen, im Handel mit China tätig, sollen dabei Hilfestellung leisten. Sie erhalten - auch viele Deutsche an Chinasgeschäft interessierte Firmen zählen zu der Adressaten - Telegramme und Briefe, worin sie als "liebe Freunde Chinas, der Freiheit und der Menschenrechte" angesprochen und gebeten werden, gegen die Verhaftung der chinesischen Funktionäre in Brasilien zu protestieren. Wer es nicht tut, kann wohl erwarten, daß ihm das Tor zum Chinahandel verschlossen wird oder verschlossen bleibt. Aber wie immer die so angesprochenen Firmen antworten werden, ihre Antwort wird eine Waffe in der chinesischen Propaganda sein.

Novum der KP-InfiltrationSchwergewicht liegt auf Sabotage

es - Man kann die Bundesanwaltschaft, die Landesämter für Verfassungsschutz in Norddeutschland und den Hamburger Innensenator Helmut Schmidt dazu beglückwünschen, daß es kürzlich gelungen ist, die von der KP gesteuerten Sabotagekolonnen des ostzonalen Ministeriums für Staatssicherheit aufzuspüren und auszuheben. Hier handelt es sich tatsächlich um ein Novum bei der kommunistischen Infiltrationsarbeit in der Bundesrepublik. Es geht jetzt nicht mehr nur um Propaganda oder auch Spionage, sondern um die Vorbereitung von Sabotageakten. Es gibt jetzt in der Zone Leute, die mit Hilfe des kommunistischen Untergrundapparats in der Bundesrepublik die Sprengung von Industrieanlagen und anderen Einrichtungen, die im Verteidigungsfall von Wert wären, vorbereiten. Diese Tatsache soll man sich zu der Zerschlagung der Sabotageringe Ende März, Anfang April, vor Augen führen.

Nach den vorliegenden umfassenden Übersichten kam es den Sabotagegruppen - auf der Grundlage der Kurzwellenbefehle aus Ostberlin über den "A-3-Führungsfunk" - in Norddeutschland vor allem darauf an, Sprengungen auf den großen Werften schwerpunktartig vorzubereiten. Man weiß, daß auf den Großwerften an der Küste die Kriegsschiffe für die Bundesmarine gebaut werden. So ist es denn nicht überraschend, daß unter den 15 Verhafteten überwiegend Männer sind, die auf den bundeseigenen Kieler Howaldtswerken oder der Hamburger Stülckenwerft, oder Schiffbaubetrieben in Bremerhafen und Bremen beschäftigt waren. Man kennt inzwischen auch die Sabotagepläne und hat die Sprengstofflager im Sachsenwald, der Lüneburger Heide und einer Hamburger Schreiber Gartenkolonie insofern entdeckt, als man dort die eingegrabenen Tonnen, Eimer und Badewannen fand, in denen die Dynamitladungen versteckt werden sollten.

Wenn auch bislang die großen Spionageaffären das erhebliche Aufsehen hervorgerufen haben, so kann man doch feststellen, daß die Aushebung der Sabotageringe zweifellos ein noch größeres Gewicht besitzt. Auf fast allen großen deutschen Werften gibt es illegale kommunistische Betriebsgruppen. 2.600 der deutschen Industriebetriebe tragen das Prädikat "geschützt" weil darin rüstungs- und versorgungswichtige Güter produziert werden. Aber praktisch alle kommunistischen Betriebsgruppen existieren in derartigen Betrieben. So ziemlich alle Betriebszeitungen der illegalen KP werden auch in den "geschützten" Großbetrieben herausgegeben.

Erschreckend auch, mit welchem ideologischen Hintergrund die ostzonalen Drahtzieher diese Sabotagevorbereitung motivieren. So forderte der ostzonale kommunistische Schriftsteller, das Mitglied des ZK der SED, Willi Bredel, in einem illegalen Zirkel in Hamburg die kommunistischen Gesinnungsgenossen auf, sie möchten den kommunistischen Aufstand von 1923 studieren, um für die Zukunft daraus etwas zu lernen. Bredel ist alter Eastburger Kommunist und von ihm weiß man, daß er diesen Aufstand damals gegen die Weimarer-Republik genau kennt. Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß auch viele sogenannte Patenschafts-Betriebe in der Zone ihre gezielte Propaganda für die Arbeitnehmer in den westdeutschen Betrieben in der letzten Zeit umgeschaltet haben. In den Briefen und Mitteilungen ist nicht mehr so sehr die Rede von "Ausbeutung" und "Lehnknechtschaft", sondern vielmehr von einer "aktiven Verhinderung der Militärrüstung des potentiellen Angreifers Bundesrepublik".

Das große Spiel des Generalpräsidenten

De Gaulle und KP-Chef Maurice Thorez

Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Bald sind es zwanzig Jahre, daß General de Gaulle als erster Ministerpräsident des wiedererstandenen Frankreich mit Maurice Thorez zu seiner Linken und Georges Bidault zu seiner Rechten die Champs-Élysées hinunterschnitt. Es war die Zeit der großen nationalen Versöhnung, allerdings unter Ausschluß der Kollaborateure des Marschall Pétain. Maurice Thorez, Chef der Kommunistischen Partei Frankreichs, war aus Moskau zurückgekehrt, von der dritten Republik als Deserteur verurteilt, von de Gaulle begnadigt und zum Staatsminister ernannt. Bidault, Vorsitzender der christlich-demokratischen MRP war in den letzten Kriegsjahren anerkannter Präsident der französischen Widerstandsbewegung.

Die Rechtsopposition 1944 - 1964

Wird die zwanzigste Wiederkehr jener historischen Augusttage die gleichen Männer um die gleiche Fahne vereint sehen? Man spricht in Paris allen Ernstes davon. Georges Bidault ist allerdings heute ein "verlorener Sohn". In seinem verblendeten Eifer, als "geistiger Chef" der OAS de Gaulle mit großer Verspätung nachzuahmen, hat er sich allzulange der aussichtslosen Sache eines "Algérie Française" verschrieben und ist schließlich als einsamer Emigrant irgendwo in Südamerika gelandet.

Könnte er tatsächlich durch eine großzügige Generalamnestie heimkehren und wäre es denkbar, daß der Graben zwischen dem Gaullismus und der Rechtsopposition im Zeichen der nationalen Versöhnung zugeschüttet wird? Dies scheint heute noch recht unwahrscheinlich. Die Ex-Generäle in Frankreichs Gefängnissen haben dem Präsidenten-General nicht verziehen und auch er denkt heute noch nicht an eine unmittelbare bevorstehende Generalamnestie für seine politischen Gegner von Rechts.

Man kann hier hinzufügen, daß ja auch die alte Kluft zwischen Gaullisten und Pétainisten heute, ein Vierteljahrhundert später, noch nicht überbrückt ist. Die alten Pétainisten sammeln sich sogar gemeinsam mit den neuen Tendenzen des französischen Rechtsradikalismus unter der Führung des Präsidentenkandidaten und OAS-Advokaten Tixier-Vignancour.

Paris - Moskau und die KPF

Ganz anders steht es mit dem Verhältnis zwischen Gaullisten und Kommunisten, genauer zwischen de Gaulle und seinem früheren Staatsminister Maurice Thorez. Die persönlichen Beziehungen zwischen den beiden Männern waren niemals schlecht und stets durch eine gewisse gegenseitige Hochachtung gekennzeichnet.

So sah Thorez im historischen Rücktritt de Gaulles 1946 "ein Zeichen der Größe" und der General rühmte mehr als einmal die Verdienste seines früheren "Staatsministers" - sowie auch der anderen kommunistischen Minister, die in der ersten Regierung de Gaulles für Wirtschaft, Wiederaufbau und Luftfahrt verantwortlich waren. Tatsächlich hatten sich die stalinistischen Minister damals durch betont französischen Nationalismus hervorgetan und die Arbeitnehmer zu letzten Anstrengungen angetrieben.

Getrübt wurde dieses gute Verhältnis nur in der Zeit des "Kalten Krieges" in der de Gaulle die Kommunisten mehrmals zu "Separatisten" stempelte. Dem folgte aber bald in den fünfziger Jahren eine dauerhafte Zusammenarbeit zwischen Gaullisten und Kommunisten gegen die demokratischen Regierungen und gegen den europäischen Kurs der vierten Republik.

Moskau setzte sowohl unter Stalin als auch unter Chruschtschow beharrlich auf eine Wiederkehr de Gaulles, auf eine Erneuerung der französisch-russischen Allianz und eine Lockerung des Atlantikpaktes. Der Partei des Maurice Thorez wurde infolgedessen in all den Jahren der vierten und fünften Republik bezüglich des Verhaltens zu de Gaulle Zügel angelegt. Auf dieser Linie liegt auch die Tolerierungspolitik der KPF gegenüber der Rückkehr de Gaulles zur Macht im Juni 1958 und die zahme Haltung in allen Kraftproben des gaullistischen Regimes.

Hindernisse fallen

Es scheint nun, daß diese sowjetische Taktik ihre Früchte trägt. Es ist gewiß kein Zufall, daß der Abzug der französischen Marine-Offiziere aus den Atlantikstäben unmittelbar nach den letzten intensiven französisch-russischen Besprechungen - Edgar Faure in Moskau und Adjubej in Paris - erfolgte. De Gaulles Staatsbesuch in der Sowjetunion ist grundsätzlich beschlossen.

Parallel dazu geht die hier skizzierte innenpolitische Entwicklung weiter. In der letzten Debatte der französischen Nationalversammlung übten vor allem die europäisch und atlantisch orientierten Parteien von der SFIO bis zu den Konservativen Kritik an der gaullistischen Diplomatie, während die kommunistische Partei in den entscheidenden Augenblicken ein vielsagendes Schweigen wachte.

So fällt zwischen Kommunisten und Gaullisten ein Hindernis nach dem anderen auf dem Weg zu einer neuen "Union Sacrée" in Anlehnung an gemeinsame Erlebnisse und Erfahrungen, die weder General de Gaulle noch Maurice Thorez vergessen haben.